

Zeitschrift: Zeitschrift für pädagogische Historiographie
Band: 15 (2009)
Heft: 1

Artikel: Zu Wort kommen! : Schülerzeitungen im 20. Jahrhundert
Autor: Ritzi, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-901743>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zu Wort kommen! Schülerzeitungen im 20. Jahrhundert

(Red.) Schülerzeitungen werden selten in den Blick erziehungswissenschaftlicher Forschung genommen, selbst dann nicht, wenn es darum geht, Lebenswelten von Jugendlichen zu erforschen. Der nachfolgende Beitrag stützt sich auf eine Ausstellung in der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung in Berlin (22. Januar – 19. Juni 2009) und macht einerseits deutlich, wie gross der Quellenbestand an Schülerzeitungen ist und zeigt andererseits die Möglichkeiten auf, wie dieser Bestand in der Forschung nutzbar gemacht werden kann.¹

• Christian Ritzi

1. Einleitung

Schülerzeitungen sind ein eigenständiger Typus eines Periodikums, der nur unter Vernachlässigung grundlegender Merkmale der Gattung «Zeitung» zugeordnet werden kann. In der immer noch gültigen Definition von Emil Dovifat vermitteln Zeitungen «jüngstes Gegenwartsgeschehen in kürzester regelmässiger Folge der breitesten Öffentlichkeit» (Dovifat 1931, S. 9). Das Merkmal der Aktualität ist noch am ehesten auf Schülerzeitungen übertragbar. Vielfach wird in ihnen über Aktivitäten und Ereignisse einer bestimmten Schule, manchmal auch, wenn es sich um eine schulübergreifende Zeitung handelt, mehrerer Schulen berichtet. Die Regelmässigkeit des Erscheinens wird zwar angestrebt, lässt sich aber in der Mehrzahl der Fälle nicht über einen längeren Zeitraum durchhalten. Dies ist vor allem auf die Produktionsbedingungen zurückzuführen, die höchstes Engagement der ehrenamtlichen Redakteure erfordern, ohne auf eine professionelle Infrastruktur aufbauen zu können, sowie auf den schnellen Wechsel des «Personals». Denn den Redakteuren verbleiben immer nur wenige Jahre bis zum Schulabschluss und dem damit verbundenen Ende ihrer Journalistentätigkeit. Dies hat zur Folge, dass Schülerzeitungen in der Regel nur in grösseren Zeitabständen herauskommen, mitunter auch längere Unterbrechungen

in Kauf genommen werden müssen, bis ein neuer Redaktionsstab gefunden ist.

Die grössten Abweichungen gegenüber der «grossen» Presse zeigen sich jedoch im letzten von Dovifat genannten Merkmal, dem grösstmöglichen Empfängerkreis. Damit scheiden von vornherein all jene Schülerzeitungen aus, die nicht vervielfältigt werden, also nur als Unikate vorliegen (etwa Manuskript-Zeitungen) und bloss im Umlaufverfahren gelesen werden können. Aber auch maschinell vervielfältigte Schülerzeitungen richten sich nur oder zumindest in erster Linie an Schüler einer bestimmten Schule. Ein darüber hinausgehender Leserkreis wird nicht angestrebt und wenn doch, scheiden solche Zeitungen aus der Gattung «Schülerzeitung» aus und werden Teil der Jugendpresse. Damit wird ein grundlegendes Merkmal von Zeitungen nicht erfüllt. «Kann nicht jeder in den Empfängerkreis treten, ist dieser Kreis irgendwie begrenzt, so darf von «Zeitungen» nicht gesprochen werden» (ebd., S. 14).

Schülerzeitungen finden entsprechend dieser Definition in Darstellungen zur Geschichte des Pressewesens keine Berücksichtigung. Wenn Schülerzeitungen dessen ungeachtet am Begriff «Zeitung» festhalten, ist dies als Hinweis zu verstehen, dass die «grosse» Presse als Vorbild für die Schülerzeitungsredakteure dient und Ausdruck ihres Selbstverständnisses als Zeitungsmacher ist. So werden für die Funktionsbezeichnungen im Impressum durchweg gängige Begriffe des Pressewesens verwandt: Herausgeber, Chefredakteur, Redakteur. Auch die in der «grossen» Presse üblichen Textsorten (Nachricht, Reportage, Interview, Glosse, Kommentar usw.) finden sich in Schülerzeitungen.

Bei aller Unterschiedlichkeit gibt es jedoch auch Gemeinsamkeiten, wie etwa den Zwang zur wirtschaftlichen Rentabilität. Schülerzeitungen müssen wie die «grosse» Presse Einnahmen erzielen, um ihre Kosten zu erwirtschaften, wenn auch in verkleinertem Massstab. Wie in der «grossen» Presse sind die Haupteinnahmequellen Verkaufserlöse und Werbeeinnahmen durch Anzeigen, die die Kosten für Satz und Druck, Papier und Farbe, Vertrieb und Redaktion zumindest decken müssen.

2. Schülerzeitungen vor 1945 – Anfänge eines neuen Typus eines Periodikums

Die Geschichte von Schülerzeitungen reicht bis in das 19. Jahrhundert zurück². Die Initiative ging überwiegend von reformpädagogisch orientierten Lehrern aus. So begründete Anfang des 20. Jahrhunderts Berthold Otto in seiner Hauslehrerschule eine ganze Reihe von Schülerzeitungen³, die meistens handgeschrieben waren und für das unmittelbare Schulumfeld im Hektographierverfahren vervielfältigt wurden.



Die Nestküken. Berlin-Lichterfelde: Hauslehrerschule 1906, Oktober (BBF/DIPF-Archiv OT 594, 46)

Grösseres Aufsehen und eine höchst kontroverse Diskussion erregte die Schülerzeitung *Der Anfang*, die 1908 von Georg Gretor unter dem Pseudonym Georges Barbizon, einem Schüler der Freien Schulgemeinde Wickersdorf, gegründet wurde und ebenfalls in hektographierter Form zunächst bis 1910 erschien.⁴ 1913 wurde der *Anfang* unter der Devise «Durch die Jugend, für die Jugend» (Barbizon 1913, zit. in: Peterich 1922, S. 5) von Georg Gretor/Georges Barbizon und Siegfried Bernfeld erneut begründet.⁵

Obwohl die Verwendung des Begriffs «Jugend» suggeriert, dass mit dem Periodikum ein Organ für alle Jugendlichen vorgesehen sei, wird schnell deutlich, dass in erster Linie Schüler im Blickfeld sind: «Hier, im Anfang, soll jeder Schüler, jede Schülerin zu Wort kommen» (ebd.).⁶

Gustav Wyneken, Gründer und Leiter der Freien Schulgemeinde Wickersdorf, fungierte auf Bitten der noch nicht volljährigen Herausgeber als presserechtlich Verantwortlicher. Seine Einbeziehung stand eigentlich im Widerspruch zur Konzeption der Schülerzeitung, wie sie sich in der Devise «Durch die Jugend, für die Jugend» ausdrückte, war jedoch unvermeidlich. Im Reichsgesetz über die Presse von

1874 wurde in Paragraph 8 ausdrücklich bestimmt, dass Minderjährige nicht verantwortliche Redakteure periodisch erscheinender Druckerzeugnisse sein durften⁷. Mit Wyneken war der Erwachsene gefunden, der den notwendigen Freiraum zu gewähren versprach. «Wir haben Herrn Dr. Wyneken gebeten, der Jugend die pressegesetzliche Möglichkeit zu geben, sich unbevormundet auszusprechen» (Barbizon 1913, zit. in: Peterich 1922, S. 5). Tatsächlich verstand sich Wyneken eher als Strohmann für die Herausgeber zur Ermöglichung jugendlicher Emanzipationsbestrebungen als dass er die vom Gesetz auferlegte Beaufsichtigung wahrnahm: «Ich habe mich für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt, nicht in der Absicht, meine eigenen Ideen von der Jugendkultur durch diese Zeitschrift zu verbreiten oder überhaupt auf ihren Inhalt irgend einen konstituierenden Einfluss auszuüben. Sondern meine Absicht ist, dafür zu sorgen, dass diese Zeitschrift wirklich und ernstlich und ohne jede Bevormundung der Jugend gehöre» (Wyneken 1913, zit. in: Peterich 1922, S. 6f.). Zwar weist er in seiner im ersten Heft des Jahrgangs 1913 abgedruckten «Erklärung» auf seine gesetzliche Aufsichtspflicht hin – «In zweiter Linie werde ich natürlich, da ich die öffentliche Verantwortung trage, auf den Inhalt regulierenden Einfluss ausüben müssen» (ebd., S. 7) – ohne diese Aufgabe in erkennbarer Form wahrzunehmen (vgl. Wyneken 1919, S. 8).

In der kurzen Zeit ihres Erscheinens wurde im Anfang massive Kritik an Schule, Elternhaus und Erwachsenenkultur geübt, die schliesslich zu scharfen Reaktionen sowohl im bayerischen als auch im



Der Anfang. Zeitschrift der Jugend 1(1913), H. 1, S. 1. (www.compactmemory.de)

preussischen Landtag sowie in der Presse führten. Der «Skandal um den Anfang» (Laermann 1985) endete mit dem Erscheinen der letzten Ausgabe im Jahr 1914 infolge des Kriegsausbruchs.

Motiviert wurden die reformpädagogischen Schülerzeitungsprojekte jedoch nicht durch die die «grosse» Presse bestimmende Informationsfunktion, sondern im Wesentlichen durch zwei pädagogische Anliegen. Schülerzeitungen sollten zum einen den mitarbeitenden Schülern einzigartige und spezifische Lernmöglichkeiten bieten, zu denen es im regulären Unterricht kaum Alternativen gibt. Sie boten den Redaktionsmitgliedern und anderen beteiligten Schülerinnen und Schülern Raum und Anlass zur Entwicklung von Gruppenidentitäten und aussergewöhnliche Entwicklungs- und Bildungschancen, um etwa als Produzenten und Gestalter des Mediums ihre Kreativität zum Ausdruck kommen zu lassen, Organisationsbegabungen zu entwickeln und nicht zuletzt politische Erfahrungen – zum Beispiel in Auseinandersetzungen mit Zensurversuchen – zu sammeln.

Zum anderen konnte eine Schülerzeitung einen Beitrag zur Verbesserung des Schulklimas leisten. Ihre Publikation kann das Gemeinschaftsgefühl der Schulseitigen und die Identifikation mit der eigenen Schule stärken. Selbst die von den Redakteuren in ihrer Schülerzeitung geübte Kritik an der Schule oder auch an einzelnen Lehrern könne, sofern konstruktiv vorgebracht, pädagogisch fruchtbar werden. Willi Warstat, der 1912 eine Schülerzeitung am Altonaer Reformrealgymnasium initiierte, fasste seine Erfahrungen dahingehend zusammen, dass in der Folge einer Auseinandersetzung die Schüler letztlich «zu freiwilliger Unterordnung unter eine als berechtigt erkannte und anerkannte Macht» (Warstat 1915, S. 18) geführt würden.

Diese von reformpädagogisch orientierten Lehrern im Sinne der Schule erhoffte Verständigung konnte jedoch auch scheitern und damit die Autorität der Schule beschädigen. Ein Beispiel hierfür bildete die Auseinandersetzung um die Schülerzeitschrift *Der Schulkampf*. Deren presserechtliche Verantwortung lag bei einem Mitglied des Sozialistischen Schülerbundes, der bereits volljährig war und damit als verantwortlicher Redakteur die presserechtlichen Voraussetzungen erfüllte, zugleich jedoch als Teilnehmer eines Arbeiter-Abiturientenkurses Schüler des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums (ab 1930 Karl-Marx-Schule) in Berlin-Neukölln war. Dessen Direktor Fritz Karsen sah die Schulordnung durch Berichte im *Schulkampf* in einem Mass gefährdet, dass er zum äussersten ihm zur Verfügung stehenden Zuchtmittel griff und den Schüler von der Schule verwies (vgl. Radde 1999, S. 154ff.).

Die Affäre um den *Schulkampf* war der bislang spektakulärste Fall dieser Art. Sie diente jedoch der übergrossen Mehrheit der Lehrer nur als zusätzlicher Beleg dafür, dass Schülerzeitungen der Autorität und damit einhergehend dem Erziehungsauftrag einer Schule abträglich seien. Denn das in Päd-

agogenkreisen vorherrschende Bild sprach Jugendlichen die Fähigkeit zu einer verantwortungsbewussten und vernunftgeleiteten selbständigen Arbeit ab. Die «Jugend will und braucht Führung», konstatierte der Schulrat und Seminardirektor Eberhard und qualifizierte deshalb das Wyneckesche Experiment als «Tollheit» ab. In seinen Augen ist die Zulassung von Schülerzeitungen «als nicht unbedenklich, ja pädagogisch verfehlt» anzusehen (Eberhard/Weber 1915, Sp. 746).

Ein weiterer Grund für die Abwehrhaltung gegen Schülerzeitungen war die unter Lehrern weit verbreitete generelle Skepsis gegenüber dem Medium Zeitung. Um eine Schülerzeitung zu befördern, muss jedoch ein positives Verständnis vorausgesetzt werden, da sich Schülerzeitungen am Vorbild der «grossen» Presse orientieren. In einem 1880 in der *Allgemeinen deutschen Lehrerzeitung* publizierten Beitrag werden Zeitungen durch die Berichterstattung über Mord und Totschlag als «wahre Hochschule des Verbrechens und der Lasterhaftigkeit» (Wellmer 1880, S. 277) bezeichnet. Der Oberlehrer Simon Widmann beklagte, dass Zeitungen «Sensationslust und Neuigkeitskrämerei» anreizen und damit insbesondere bei jugendlichen Lesern «kein aufmerksames Lesen, ein Lesen mit der Absicht des Lernens oder des edlen Genusses, sondern ein Befriedigen verdorbenen Geschmacks» (Widmann 1898, Sp. 546) bewirkten. Diskussionsbeiträge während der preussischen Schulkonferenz des Jahres 1890 dokumentieren die damals vorherrschende Einstellung gegenüber dem Zeitungswesen, denn kritische, ja vernichtende Urteile gegenüber der Presse wurden mit Beifall bedacht. Neben anderen negativen Einflüssen würde durch die jugendliche Zeitungslektüre die Sittlichkeit gefährdet (vgl. Verhandlungen 1891, S. 621f.) und an die Eltern wurde appelliert, die Zeitungslektüre ihrer Kinder zu überwachen, um die Bemühungen der Schule nicht zu konterkarieren (vgl. ebd., S. 628).

In dieser negativen Einstellung gegenüber dem Pressewesen stimmten Lehrer mit grossen Teilen der öffentlichen Meinung überein. Nicht zuletzt wurde die mangelnde Qualität der Zeitungen Bildungs- und Ausbildungsdefiziten der Journalisten angelastet. Von Bismarck wird der Ausspruch kolportiert, dass Journalisten Menschen seien, die ihren Beruf verfehlt hätten (vgl. Gebhardt 2004, S. 22). Und noch Mitte der 1920er-Jahre äusserte sich Karl Kraus mehrfach in vergleichbarer Schärfe zum Berufsstand: «wenn ich einen Sohn hätte, der Journalist würde und während fünf Jahren es bliebe, ihn würde ich aufgeben» (ebd., S. 23).

Diese breit anzutreffende Skepsis vor allem gegenüber der Massenpresse und ihren Journalisten kontrastierte jedoch mit dem enormen Bedeutungszuwachs, den die Presse im 19. und ersten Drittel des 20. Jahrhunderts erfuhr. Ende des 19. Jahrhunderts bildeten Zeitungen bereits in allen Bevölkerungsschichten einen selbstverständlichen Bestand-

teil der Lebensgestaltung (vgl. ebd., S. 24). Obgleich genaue Angaben zur Anzahl der erschienenen Zeitungen und deren Auflage bis Anfang des 20. Jahrhunderts schwierig zu ermitteln sind und die Zahlenangaben in der Literatur variieren, sind die Trends eindeutig. Ende des 18. Jahrhunderts werden ca. 200 bis 250 Zeitungen gezählt, bis 1914 hat sich dieser Wert etwa um den Faktor 20 erhöht (vgl. Stöber 2005, S. 72, S. 160). Nach einem deutlichen Rückgang bis 1924 erreichte das Pressewesen 1933 einen neuen Höchststand mit über 4000 Titeln. Eine Untersuchung aus dem Jahre 1930 ergab, dass von 1798 Schülern Höherer Schulen Brandenburgs im Alter von 15–18 Jahren lediglich 0,32 Prozent der 18-Jährigen, 0,64 Prozent der 17-Jährigen, 1,6 Prozent der 16-Jährigen sowie 0,96 Prozent der 15-Jährigen keine Zeitung lasen (Münster 1932, S. 14).

Dieser rasante Anstieg von Zeitungen und der damit verbundene Bedeutungszuwachs der Presse gerade auch unter Schülern löste in den späten 1920er-Jahren in Pädagogenkreisen erneut eine Diskussion um das «pädagogische Problem» der Zeitung aus. In einem Beitrag in der Zeitschrift *Die Arbeitsschule* wurde die Vernachlässigung von Zeitungen im Unterricht als Snobismus und Eigensinn beklagt, und der Autor wunderte sich, «dass die Schule, die ja namentlich in der Oberstufe der höheren Schulen doch mit jungen Menschen zu tun hat, die meist schon sehr offen die Dinge des Lebens und der Welt sehen und zu ihnen Stellung nehmen, sich dieses Instruments nicht schon längst angenommen hat» (Malsch 1928, S. 312).

Diese Meinung fand jedoch keineswegs allgemeine Zustimmung, wie eine in den 1930er-Jahren geführte kontroverse Diskussion im *Deutschen Philologen-Blatt* zeigt. Obwohl nun mehrheitlich der Einsatz von Zeitungen in den Schulen befürwortet wurde, verblieb bei vielen eine negative Einstellung gegenüber dem Medium. Angesichts der unbestreitbaren und offensichtlichen Bedeutung von Zeitungen beugte man sich von Seiten der Lehrer, weil man es ohnehin nicht verhindern konnte, ohne dass jedoch die pädagogischen Vorbehalte ausgeräumt waren (vgl. Heine 1931; Maurer 1932; Löttschert 1933).

3. Fremdbestimmung vs. Selbstbestimmung. Der Aufschwung der Schülerzeitungsbewegung nach 1945

Damit sind wesentliche Gründe benannt, die trotz einer fehlenden Übersicht über die vor 1945 produzierten Schülerzeitungen die Feststellung erlauben, dass sie ausserhalb reformpädagogischer Schulen marginal blieben. Ein Aufschwung mit erheblichen Wachstumszahlen ist erst nach 1945 feststellbar (siehe Tabelle).

Diese erstaunliche Entwicklung wird zunächst durch das Re-education-Programm der amerikanischen Besatzungsmacht verständlich. Mit der Machtübernahme der alliierten Streitkräfte wurden

	1954	1957	1960	1963	1966	1968
Baden-Württemberg	22	30	64	100	110	201
Bayern	44	28	75	65	115	118
West-Berlin	24	40	63	60	79	81
Bremen	7	12	15	21	23	25
Hamburg	6	11	25	42	65	62
Hessen	38	39	70	94	121	142
Schleswig-Holstein	24	32	55	63	78	83
Niedersachsen	31	40	70	87	85	97
Nordrhein-Westfalen	18	45	95	145	180	196
Rheinland-Pfalz/Saarland	17	13	18	24	38	106
	231	290	550	701	894	1111

Bartels 1987, S. 22; Hintz/Lange 1969, S. 80

alle bis Kriegsende noch erscheinenden Pressezeugnisse verboten. Neue Zeitungen und Zeitschriften mussten durch die Alliierten lizenziert werden, dies betraf auch Schülerzeitungen. Insbesondere Periodika für Jugendliche wurden jedoch vergleichsweise schnell und unbürokratisch zugelassen, da sie eine wichtige Rolle im Rahmen der Re-education bzw. Re-orientation-Politik der Alliierten spielen sollten (vgl. Burschka 1987, S. 30ff.)⁸.

Insbesondere die amerikanische Besatzungsmacht beförderte in ihrer Zone die Neugründung von Schülerzeitungen und unterstützte die jugendlichen Redakteure. In einem Bericht der nach ihrem Vorsitzenden benannten Zook-Kommission heisst es, man könne «mit Recht annehmen, dass die Haltung und die Anschauung junger Menschen leichter im Sinne einer demokratischen Lebensweise geändert werden können als die ihrer Eltern» (Zook-Kommission 1946, S. 42).

Dieser im Oktober 1946 in deutscher Übersetzung publizierte Bericht – «das bedeutendste Dokument zur «Bildungspolitik-Beratung», das aus amerikanischer Sicht damals veröffentlicht wurde» (Führ 1994, S. 32) – stellt einen Wendepunkt im Verständnis der Re-education in der amerikanischen Zone dar. Zur bisher vorherrschenden Abwehr nazistischer Einflüsse in deutschen Schulen trat nun der Wille zur äusseren und inneren Schulreform, um die Entwicklung zu einer westliche Demokratiegrundsätze unterstützenden Gesellschaft zu entwickeln (vgl. Froese 1969, S. 29; Braun 2004, S. 33). Statt passiver und williger Untertanen eines autoritären Willens sollten die Schulen einen eigenständigen Beitrag zur Herausbildung demokratischer, toleranter und kooperationsfähiger Staatsbürger leisten. Deshalb wurde empfohlen, dass das Schulleben in allen seinen Phasen so aufgebaut werden müsse, «dass es Erfahrungen mit einer demokratischen Lebensgestaltung vermittelt» (Zook-Kommission 1946, S. 30). Dazu seien Gemeinschaftsaufgaben zu entwickeln, zu denen auch Schülerzeitungen zähl-

ten, ohne dass sie in diesem Bericht ausdrücklich erwähnt wurden.

Zur weiteren Präzisierung empfahl die Kommission die Entsendung einer amerikanischen Experten-Gruppe, die sich im Frühjahr 1947 bildete. Das *United States Social Studies Committee to Germany* hielt sich knapp zwei Monate in Berlin und in der amerikanischen Zone auf und verfasste danach einen Bericht mit Analysen und Vorschlägen. Zur Förderung der demokratischen Erziehung in Schulen empfahlen die Experten nun auch ausdrücklich die Unterstützung bei der Herausgabe von Schülerzeitungen (Report, zit. in: Braun 2004, S. 117). Das Ziel zur Erziehung zur Demokratie wurde wenig später auf Anregung der amerikanischen Militärregierung in der Kontrollratsdirektive Nr. 54 vom 25. Juni 1947 bestätigt (vgl. ebd., S. 117).

Die Empfehlungen der Mitglieder beider Kommissionen und die darauf aufbauenden Bemühungen zur äusseren und inneren Schulreform in Deutschland entsprangen nicht der Arroganz der militärischen Sieger, sondern ihrer tiefen Überzeugung, dass das amerikanische Schulsystem, so wie es sich insbesondere seit der Jahrhundertwende entwickelt hatte, einen wesentlichen Grundpfeiler der amerikanischen Demokratie ausmacht.

Unter einigen einflussreichen deutschen Bildungspolitikern der Nachkriegszeit fanden die von den amerikanischen Erziehungsoffizieren mitgebrachten Ideen, Schülern mehr Verantwortung zu übertragen und Eigenständigkeit zuzulassen, Unterstützung. Theodor Bäuerle, seit 1947 Kultusminister des Landes Württemberg-Baden, sprach sich in seinem am 30. März 1947 vorgelegten *Entwurf zum Neuaufbau des Schulwesens* dafür aus, dass «Schülern eine grössere Selbständigkeit, mehr Bewegungsfreiheit und eine wachsende Mitverantwortlichkeit zu gewähren» (Bäuerle, zit. in: ebd., S. 120) sei, um die Erziehung zur Demokratie zu befördern. Konkret auf Schülerzeitungen ging ein Erlass des hessischen Kultusministers Erwin Stein vom 24. September 1948 ein, der die Direktoren der Höheren Schulen, der Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen darauf hinwies, dass sie Schülerzeitungen befördern sollten (vgl. Bartels 1987, S. 12). «Voraussetzung für eine lebendige Erziehung ist, dass die Schulen sich auch der nichtunterrichtlichen Formen des Schullebens annehmen und ihre pädagogischen Möglichkeiten nutzbar machen. Diesem Zweck dienen neben Sport, Spiel, Wanderungen, Feiern und musischer Betätigung auch Schulzeitungen» (Erlass, zit. in: Cramer 1964, S. 65).

Diese Vorgaben sowohl der amerikanischen Besatzer als auch einflussreicher deutscher Bildungspolitikern führten allerdings nicht zu einer ähnlich umfassenden Entwicklung der Schülerzeitungsbewegung wie in den USA, wo nahezu jede High School über eine kontinuierlich erscheinende und von Schülern selbst verantwortete Schülerzeitung verfügte. Dies hätte eine institutionelle Einbettung in die Lehrpläne sowie eine Zuordnung zu einem

dafür zuständigen Lehrer erfordert. In den USA standen den Schülerzeitungsredakteuren die Englischlehrer zur Seite, die auch eine entsprechende journalistische Vorbildung erhielten. Denn neben der Erwartung, dass Schülerzeitungen eine Gelegenheit zum Erlernen von kooperativem Handeln unter demokratischen Vorzeichen bieten, sollten sie im amerikanischen Verständnis auch einen Beitrag zur sprachlichen Gestaltungsfähigkeit der Schüler leisten.

Auf Deutschland übertragen hätte die Beratung von Schülerzeitungsredakteuren eine Aufgabe für Deutschlehrer werden können. Ergänzt um die Integration eines neuen, zusätzlichen Arbeitsbereichs «Journalismus» in den Deutschunterricht wäre zumindest teilweise eine Abkehr vom traditionellen Deutschunterricht erfolgt. Das mit Schülerzeitungen verbundene Anliegen, einen Beitrag zur Demokratieerziehung zu leisten, wäre weiterhin geeignet gewesen, die angeschlagene Reputation des Deutschunterrichts aufzubessern, denn «kaum ein anderes Unterrichtsfach war durch die NS-Ideologie so korrumpiert» (Popp 1992, S. 24). Statt jedoch diese Chance wahrzunehmen, wurde im Fächerkanon des Deutschunterrichts «auf Traditionen zurückgegriffen ... die vor der Zeit des NS-Faschismus, vor allem in der Weimarer Republik entwickelt worden waren, und die jetzt unter Hinweis auf das demokratische Schulwesen dieser ersten deutschen Demokratie als NS-unverdächtig deklariert werden konnten» (ebd.).

Wie allerdings sollte eine solche Neuorientierung in Bezug auf Schülerzeitungen möglich sein, war doch die Skepsis gegenüber eigenverantwortlich agierenden Jugendlichen ebenso wenig geschwunden wie die gegenüber der Presse. «Die Zeitung bedeutet ihnen [den Lehrern, CR] nicht mehr als irgendeine andere alltägliche Erscheinung, der zwar ein mit Vorbehalten zugestandener Eigenwert zukomme, die jedoch keine innere Beziehung zur Schule aufweise» (Reuber 1956, S. 5).

Damit verblieb Journalismus bis zum Ende der 1960er-Jahre ausserhalb der Lehrplandiskussionen zum Deutschunterricht, und die Deutschlehrer konnten sich nicht als die wichtigste Beratergruppe bei der Herstellung von Schülerzeitungen etablieren. Noch 1967 konstatierte Franz Hebel: «Obwohl in unseren Gymnasien Schüler- bzw. Schulzeitungen recht verbreitet sind und ihre Verbreitung zunimmt, stehen sie meist doch zum Deutschunterricht kaum in Beziehung» (Hebel 1967, S. 68).

Erst die Studentenbewegung Ende der 1960er-Jahre bewirkt eine Neuorientierung, die etwas überraschend von Robert Ulshöfer angemahnt wurde. Der Autor des wohl verbreitetsten und wirkungsmächtigsten Grundlagenwerks zur Deutschdidaktik (vgl. Popp 1992, S. 40), der 1952 in mehreren Bänden erschienenen *Methodik des Deutschunterrichts* sowie Begründer und langjährige Herausgeber der Fachzeitschrift *Deutschunterricht* befürwortete 1969 eine kritische Überprüfung des gesamten

Bereits 1951 wurden Überlegungen angestellt, eine bundesweite Arbeitsgemeinschaft zu gründen. Initiatoren der Verbandsgründung waren die Landesverbände Bayern, Berlin und Hessen, also Schülerredakteure jener Länder, die vor 1949 in der amerikanischen Besatzungszone lagen.

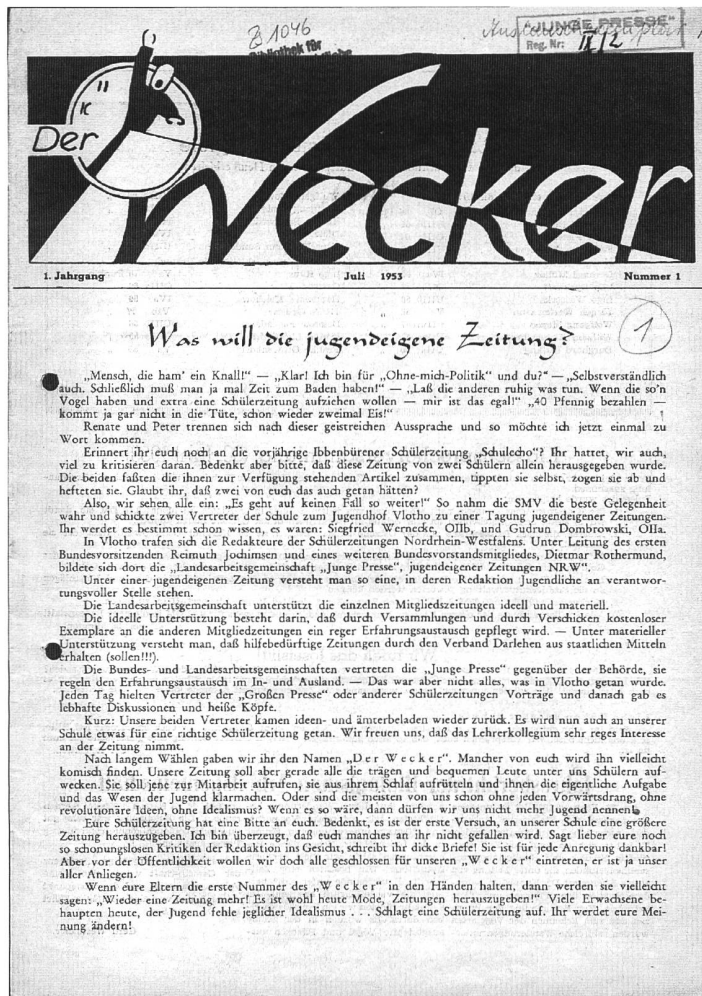
Am 27. Januar 1952 versammelten sich in Frankfurt am Main Vertreter der bereits bestehenden Landesarbeitsgemeinschaften und gründeten die *Bundesarbeitsgemeinschaft Junge Presse* (BAG). Ebenfalls zu dieser Versammlung eingeladene Schülerzeitungsredakteure aus Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg gründeten vor Ort ebenfalls Landesarbeitsgemeinschaften, um im Bundesvorstand mitwirken zu können. Die Teilnehmer verständigten sich auf eine Satzung, die anstelle der traditionellen Gattungsbezeichnung «Schülerzeitung» den Begriff «Jugendeigene Presse» oder «Jugendeigene Zeitung» einführte. «Als jugendeigene Zeitungen werden ausschliesslich solche verstanden, die von Jugendlichen in eigenem Verantwortungsbewusstsein gestaltet und veröffentlicht werden und für den Lebenskreis bestimmt sind, aus dem sie hervorgehen» (zit. in: Bartels 1987, S. 17). Diese Definition behielt bis heute ihre Gültigkeit.

Der Organisationszusammenschluss der Schülerzeitungsredakteure war vor allem durch zwei Anliegen motiviert. Zum einen sollten damit Chancen zur wirtschaftlichen Absicherung der Schülerzeitungen verbessert werden. Um die Kosten der Verbandsarbeit tragen zu können, sollten Zuschüsse des Bundes eingeworben werden, die einen Bundesverband als Antragsteller und Ansprechpartner zur Voraussetzung hatten. Weiterhin wurde an die Gründung eines Bundesverbandes die Hoffnung geknüpft, die lokale Anzeigenbeschaffung und -vermittlung zu verbessern. Die Chancen für einen staatlichen Zuschuss standen gut, denn gerade von der Jugendpresse, der die Schülerzeitungen zugeordnet wurden, war die Bundesregierung überzeugt, dass sie «für die Bildung und staatsbürgerliche Festigung der Jugendlichen von grösstem Wert» sei (Ott 1955, S. 159).

Ein zweites Motiv bestand in der Stärkung der einzelnen Redaktionen gegenüber ihrer jeweiligen Schulleitung. Dazu wurden sowohl von den Landesverbänden als auch von der BAG eine Reihe von Publikationen herausgegeben, Tagungen organisiert und Fortbildungsveranstaltungen für Schülerzeitungsredakteure durchgeführt. Denn es erforderte noch viele Auseinandersetzungen, die in Einzelfällen sogar vor Gericht ausgetragen werden mussten, bis die zunächst vorherrschende Bevormundung durch die Schule in ein eher partnerschaftliches Verhältnis umgewandelt wurde. In dem 1955 erschienenen *Lexikon der Pädagogik* heisst es noch: «Aufgabe der Lehrerschaft ist es, die Gefahren, die mit der Herausgabe der Schülerzeitung verbunden sind, wie Geltungssucht, Überheblichkeit, Schwätzei, Schwächung der Autorität der Lehrer und der Schule, Störung des Unterrichtsbetriebs u.a. durch pädagogische Einflussnahme zu vermeiden, ohne das Prinzip der Freiwilligkeit zu verletzen» (Ascher 1955, Sp. 103). Die «ordnende Hand des Lehrers» (Adamitz 1951, S. 8) wurde für unverzichtbar gehalten. Der Schüler, der die Funktion des Chefredakteurs ausfülle, habe eine «straffe Führung der redaktionellen Arbeitsgemeinschaft» zu gewährleisten, während die Lenkung der gesamten Arbeitsgemeinschaft «mit weicher Hand» durch einen «erfahrenen Pädagogen» erfolgen solle (ebd., S. 9). Denn nur dadurch liesse sich verhindern, dass eine der bedeutendsten Aufgaben einer Schülerzeitung, «die Pflege des guten Geistes in der Schule» (ebd.), Schaden erleide. Dementsprechend sollte die «ordnende Hand des Lehrers» auch auf den Inhalt der Schülerzeitung Einfluss nehmen und eine thematische Beschränkung auf das Schulleben durchsetzen.

Genau diese inhaltliche Beschränkung auf Schulthemen wurde von der Schülerzeitungsbewegung jedoch vehement bestritten. Der Dissens kam schon auf der Gründungsversammlung der BAG zur Sprache und spitzte sich dann auf der ersten Bundesversammlung zu. Es ging um die Frage, welche Funktion die Schülerzeitung zu erfüllen habe. Diejenigen, die in dieser Auseinandersetzung die Gemeinschaftsidee in den Vordergrund stellten, orientierten sich an der Reformpädagogik. Wenn Jugend als eigener Wert verstanden werde, abgesondert von der Welt der Erwachsenen, dann sollten sich Schülerzeitungen auf Themen aus der Schulgemeinschaft beschränken.

Die Gegenseite vertrat die Auffassung, dass sich Schülerzeitungen auch mit dem Leben ausserhalb der Schule beschäftigen sollten, also einen Beitrag zur politischen Bildung zu leisten hätten. Nicht Absonderung vom gesellschaftlichen Leben sollten Schülerzeitungen zum Ziel haben, sondern die Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Problemen, durchaus vergleichbar mit der normalen Tagespresse. Der Streit beruhte dabei keineswegs auf unterschiedlichen politischen Anschauungen, denn ideologische Kämpfe fanden erst in den 1960er-Jahren statt. «Nicht um Sendung, Weltanschauung oder gar Erneuerung der Lebenswirklichkeiten ging es den ersten Schülerredakteuren» (Junge Presse 1961, S. 12), sondern wie der ganzen Jugendgeneration der frühen 1950er-Jahre um eine relative Sicherheit ihrer Lebensverhältnisse, «die sie sich dadurch zu schaffen sucht, dass sie eine möglichst umfassende Funktionstüchtigkeit erwirbt» (Roessler 1957, S. 441). Diese nüchterne und pragmatische Haltung, die Schelsky mit dem Begriff «skeptisch» umschrieb, führte gerade bei den Schülerzeitungsredakteuren zu dem Wissen, «dass die Schule einen begrenzten Kreis der Lebensrealität einschliesst, und man findet ohne grosse Opposition oder seelische Verklemmung gegenüber Schule und Lehrern in eigener ausserschulischer Initiative die Zugänge zu den Realitätserfahrungen, die man für notwendig hält» (Schelsky 1963, S. 237). Im Protokoll der



Der Wecker. Schülerzeitung des Gymnasiums Ibbenbüren 1(1953), Nr. 1 (BBF Zs 1046)

ersten ordentlichen Bundesversammlung hieß es dementsprechend, dass Schülerzeitungen dazu beizutragen hätten, «schöpferische und tatkräftige Persönlichkeiten heranzuziehen, die lernen Verantwortung zu tragen und damit mithelfen an der mitbürgerlichen Erziehung» (Protokoll, zit. in: Junge Presse 1961, S. 13). Die in der Schülerzeitungsbewegung der 1950er-Jahre mitwirkenden Jugendlichen beanspruchten also nicht, eine jugendeigene Sichtweise zu befördern, sondern suchten ihre «Funktionsstüchtigkeit» in der noch jungen Bundesrepublik unter Beweis zu stellen.

Die Parteien des Richtungsstreits lassen sich relativ eindeutig scheiden. Die Gemeinschaftsidee wurde insbesondere von den erwachsenen Mitgliedern des Freundeskreises vertreten¹¹, während die Schülerzeitungsredakteure eine gesellschaftlich orientierte Linie vertraten. Die Position der Schülerzeitungsredakteure setzte sich schnell durch, als sich die BAG 1953 von ihrem Freundeskreis trennte. An dessen Stelle trat der Verein *Freunde der Jungen Presse*, aus dem 1954 der *Trägerkreis jugendeigener Zeitungen* wurde. Dessen personelle Zusammensetzung gewährleistete hinfort, dass weitere Loyalitätskonflikte zur BAG in dieser Frage ausblieben.

Die durch zunehmendes Selbstbewusstsein gekennzeichnete Schülerzeitungsbewegung bewirkte nach und nach eine Liberalisierung auf Seiten der

Schulen. Dies lässt sich gut an den verschiedenen Auflagen der *Schulrechtskunde* dokumentieren, die Hans Heckel 1957 erstmals herausgab und die später von Hermann Avenarius fortgeführt wurde. In der ersten Auflage heisst es: Die Schülerzeitung bedarf «zu ihrem Entstehen der Genehmigung der Konferenz bzw. des Schulleiters, und die Schule muss sich vorbehalten, auf ihren Inhalt Einfluss zu nehmen, nötigenfalls in der Form eines Vetos gegenüber einzelnen Beiträgen. Der Abdruck von Artikeln, die die Schule herabsetzen, einen Lehrer kränken oder das Ansehen der Schule mittelbar, etwa durch Albernheit schädigen, kann von der Schule verhindert werden» (Heckel 1957, S. 312). Diese Auslegung, die sich in gleichem Wortlaut auch in der zweiten Auflage findet (Heckel 1960), fand bis Mitte der 1960er-Jahre in den Schulbehörden Anerkennung (vgl. Mickel 1967, S. 189). Der Wandel deutet sich dann seit der dritten Auflage aus dem Jahr 1965 an, der den Schulen nur noch ein Mindestmass an Einfluss zugesteht (Heckel 1965, S. 334). Die Bestimmung der Schriftleitung, so wird weiter ausgeführt, sei «insbesondere Sache der Schüler» (ebd.).¹² Heute gelten Schülerzeitungen im Rechtsverständnis als Druckschriften, «die von Schülern in eigener Verantwortung redigiert und vertrieben werden» (Heckel/Avenarius 2000, S. 554).

Insgesamt ist davon auszugehen, dass eine Be-

hinderung von Schülerzeitungen durch Schulleitungen eher die Ausnahme als die Regel darstellte. Darauf weist schon das Wachstum neuer Titel hin. Dies lag zumindest in den 1950er-Jahren auch daran, dass die von der Schülerzeitungsbewegung geforderte Behandlung von tagespolitischen Fragen in der Realität eine untergeordnete Rolle spielte. Schon Konrad Adenauer hatte in einem Leserbrief in einer der ersten Nummern der 1953 gegründeten Schülerzeitung *Schüler-Echo* der Berliner Schadow-Schule geschrieben: «Von der aktuellen Tagespolitik solltet ihr in den Schülerzeitungen die Finger lassen. Es genügt, meine ich, wenn sich darüber Männer und Frauen mit einiger Lebenserfahrung auseinandersetzen» (zit. in: Durchleuchter 1977, S. 52). An diese Prämisse hielten sich die meisten Redaktionen – nur 10% der Beiträge widmeten sich politischen Themen. Darunter finden sich zwar durchaus Artikel mit partiell kritischer Tendenz, die sich aber auf dem Boden eines konsensuell für richtig empfundenen politischen Systems wissen, das von einer respektierten und geachteten politischen Elite getragen wird (vgl. Lökk 1987).

Diese Beobachtung korrespondiert mit Erinnerungen von Schülerzeitungsfunktionären aus den 1950er- und frühen 1960er-Jahren. Anlässlich des 30. Gründungsjahres der Deutschen Jugendpresse¹³ wurden Veteranen der Schülerzeitungsbewegung interviewt. Manfred Rexin, ein massgeblicher Funktionär der Schülerzeitungsbewegung in den 1950er-Jahren, erinnert sich: «Die Junge Presse [die Bundesarbeitsgemeinschaft Junge Presse, CR] hat in den 50er Jahren – von einzelnen Mitgliedern abgesehen – keine grundlegende Kritik an der Linie Adenauers geübt. So wie ich die Junge Presse erlebt habe, war sie keine regierungskritische Institution. Der Grundkonsens der Adenauer-Zeit wurde erst im Zeichen der Debatte um die atomare Aufrüstung seit 1958 durchbrochen» (30 Jahre Deutsche Jugendpresse 1997, S. 16).¹⁴

Etwas später, nämlich mit der «Spiegel-Affäre», setzt Klaus Allerbeck den politischen Umschwung an: «Das [die Spiegel-Affäre, CR] war auch ein Auslöser. Als Jugendpresse identifizierten wir uns ja mit der «richtigen» Presse. Wenn ein Überfall auf ein Presseorgan stattfindet, dann lässt einen das nicht unberührt» (ebd., S. 35).¹⁵ Auch Hartmut Holzapfel nahm zu diesem Zeitpunkt einen Wandel wahr: «Anfang der 60er Jahre war das Schülerzeitungsspektrum schon weit mehr durch oppositionelle Stimmen geprägt» (ebd., S. 37).¹⁶ Die klaglos hingegenommene Empfehlung Adenauers im Jahre 1953 stiess Ende der 1950er-Jahre auf späten Widerspruch. In einem Diskussionsbeitrag in der gleichen Schülerzeitung schrieb ein Schüler: «Wenn ich mich heute gegen diesen Rat wende, so deshalb, weil gerade wir Berliner und damit die Berliner Jugend in einem lange nicht mehr gekannten Ausmass in der Tagespolitik «drinstecken»» (*Schüler-Echo* 7(1959), S. 3).

4. Opposition der späten 1960er-Jahre

In den folgenden Jahren setzte eine oppositionelle Grundhaltung ein und steigerte sich insbesondere in einigen grossstädtischen Schülerzeitungen in der Nachfolge der Studentenbewegung. Dies dürfte für viele Beratungslehrer manche bisher unbekannte Konflikte zur Folge gehabt haben und erforderte sicherlich einen höheren Diskussionsaufwand, um die schulischen Erwartungen etwa hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Schulfriedens oder der Wahrung des Autoritätsverhältnisses erfüllt zu bekommen. Zumal sich in den 1960er-Jahren eine Abkehr des früheren «scharfen Durchgreifens» durchsetzte und damit andere Lösungen für tatsächliche oder vermeintliche Disziplinprobleme erforderlich wurden (vgl. Gass-Bolm 2002, S. 453).

In der Regel scheint dies gelungen zu sein. Eine Befragung von 1111 Schülerzeitungen im Jahr 1968 suchte unter anderem Konflikte zwischen Schule und Schülerzeitungsredaktionen sowie Fälle von Zensur zu ermitteln (Hintz/Lange 1969). Die grosse Mehrheit der antwortenden Chefredakteure (83,4%) bestätigte die Beteiligung der Schule an ihrer Schülerzeitung in Form etwa eines Beratungs- oder Vertrauenslehrers. Bei 79,2% wurde dieser Lehrer jedoch von den befragten Redaktionen gewählt, so dass eher von Förderung und Hilfestellung ausgegangen werden kann, als von Bevormundung und Behinderung. Das überwiegende Vertrauensverhältnis kann auch daraus geschlossen werden, dass nur 49,9% der zuständigen Lehrer an den Redaktionssitzungen teilnahmen. Von den Redaktionen, an deren Sitzungen ein Lehrer teilnahm, gaben 15,1% an, dies als Zensur zu empfinden. Ob diese Angabe mit den nicht von den Redaktionen gewählten Lehrern korreliert, ist der Auswertung nicht zu entnehmen.

Die Kontrolle des Arbeitsergebnisses war allerdings immer noch verbreitet. 52,6% der Redaktionen mussten jede Ausgabe vor Druckbeginn dem Direktor oder dem Beratungslehrer vorlegen. Bei 39,6% hatte die Überprüfung nur formellen Charakter, die Zeitungen wurden also ohne Beanstandung akzeptiert. Weitere 39,1% gaben an, dass «ganz selten kleine Änderungen» angemahnt wurden. Immerhin verbleiben 16,1%, die «öfter» mit Änderungswünschen konfrontiert wurden.

Zu grösseren und nicht einvernehmlich lösbaren Konflikten kam es in 13,2% der Schülerzeitungen. Davon konnte in 34,9% der Fälle durch Entfernung einzelner Seiten oder Unkenntlichmachung der beanstandeten Textstellen ein Erscheinen ermöglicht werden, bei 31,1% wurde ein Vertriebsverbot im Bereich der Schule erteilt. Dabei sind die von den Schulen angegebenen Zensurbegründungen der mit Vertriebsverbot belegten Ausgaben interessant:

Begründungen	Nennungen in %
Beleidigender Inhalt eines Beitrags	35,9
Ein Beitrag untergräbt die Autorität des Direktors bzw. eines Lehrers	21,7
Zu grosse Freizügigkeit in sexuellen Beiträgen oder Abbildungen	21,7
Die ganze Tendenz der Ausgabe ist radikal	19,8
Zu grosse politische Einseitigkeit	18,9
Erziehungsauftrag der Schule wird gefährdet	15,1
Verstöße gegen Rechtsvorschriften	10,4
Ein Beitrag verletzt die Würde der Nation	6,6
Politischer Artikel ist einfach unwahr	5,7
Zeitschrift steht nicht auf dem «Boden des Grundgesetzes»	3,8
Keine Begründung	2,8

Hintz/Lange 1969, S. 108. Es konnten mehrere Antwortvorgaben angekreuzt werden.

Selten gelangte ein nicht einvernehmlich lösbarer Konflikt an die Öffentlichkeit. 1967 titelte die *Bildzeitung*: «Schülerzeitung darf nicht verkauft werden. Direktor: «Das ist Greuelpropaganda»». Anlass dafür bildete ein Beitrag über Foltermethoden in Spanien, der in der von Schülern der Berliner Shadow-Schule herausgegebenen Schülerzeitung *Roter Turm* vorgesehen war. Nicht nur der *Bildzeitung* schien dieser Vorgang eine Geschichte wert zu sein, sondern auch der *Welt* und dem *Spiegel*. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass deren Interesse an dem schulinternen Vorgang weniger dem Artikel galt. Denn die Presse widmete sich weder dem Autor noch der behandelten Thematik, sondern jenem Schüler, der als Roter Turm-Redakteur den Artikel «bestellt» hatte, handelte es sich doch um den Sohn des amtierenden Bundesausenministers Willy Brandt: Den wegen seiner «Aufmüpfigkeiten stadtbekanntem Zögling» (Der Spiegel 17/1967 vom 17. April 1967, S. 58) Peter Brandt.

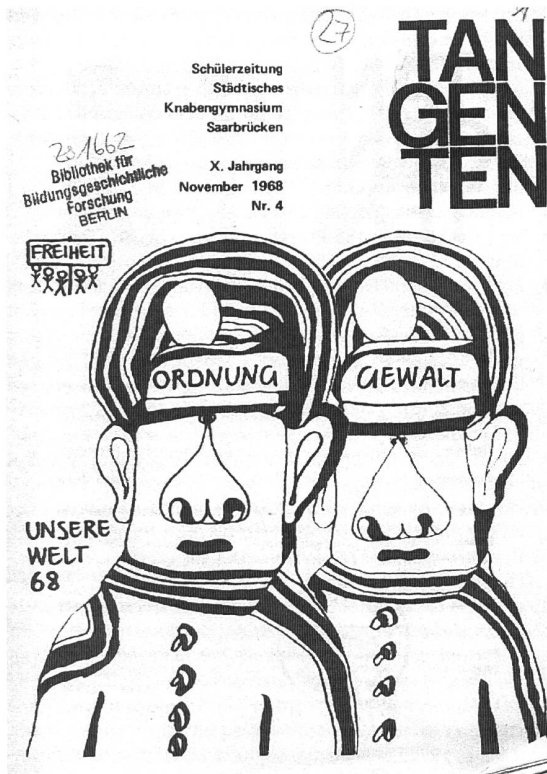
Solches mediale Aufsehen war geeignet, der Öffentlichkeit zu suggerieren, dass die Schülerzeitungspresse der späten 1960er-Jahre in gleicher Weise politisiert sei wie viele Publikationen aus der Studentenbewegung, und dass Konflikte zwischen Schülerzeitungsredaktion und Schulleitung eher den Alltag als die Ausnahme darstellen. Diese Einschätzung ist allerdings nicht zutreffend. Vor allem ist davon auszugehen, dass die Schulen sehr unterschiedlich auf vermeintlich oder tatsächlich anstössige Artikel reagierten. Was an der einen Schule noch akzeptiert wurde, war an einer anderen verboten. Denn bundeseinheitliche Regelungen oder Beurteilungskriterien gab es nicht. «Austragungsort der Grundsatzfrage, ob zensiert werden sollte oder nicht, ob und wann der Vertrieb einer Zeitung auf dem Schulgelände verboten werden konnte, blieb die einzelne Schule» (Bartels 1987, S. 106).

Die Auflistung der Zensurbegründungen lässt zu Recht vermuten, dass in den Schülerzeitungen des Jahres 1968 politische Themen einen sehr viel breiteren Raum einnahmen, als dies in den 1950er- und frühen 1960er-Jahren der Fall war. In der Fragebogenaktion wurde deshalb die Benennung politischer Themenfelder erbeten, die im Vorjahr – also 1967 – behandelt wurden.

Themen	Nennungen in %
Forderungen der Studenten	39,1
Nationaldemokratische Partei	36,3
Bundeswehr	34,8
NPD	31,9
Probleme der Presse	28,8
Berlin	26,0
Wiedervereinigung Deutschlands	26,0
Recht auf Demonstration	24,4
Kriegsdienstverweigerung	23,5
Notstandsgesetze	23,2
Osteuropäische Staaten	20,9
Grundrechte nach dem Grundgesetz	19,9
Rassenprobleme in den USA oder Südafrika	18,8
Tod des Studenten Ohnesorg	17,2
Rechte und Pflichten der Polizei in der Demokratie	15,3
Kulturrevolution in China	12,8
Wahlrechtsfragen in Deutschland	10,9
Schah von Persien	10,1
Entwicklung der Parteien	5,9
Veränderung der Verhältnisse in Griechenland	4,6
SPD-Parteitag	3,5
NS-Prozesse	2,8
Arbeit der Geheimdienste in Deutschland	1,0
Unzufriedenheit der Bauern in Deutschland	0,7
Zu keinem der genannten Themen	9,0

Hintz/Lange 1969, S. 92¹⁷

Damit wurden genau die Themen behandelt, die die Studenten umtrieben. Die Artikel etwa zu den Studentenunruhen wurden meistens aus einer Beobachterposition geschrieben, nicht als selbst Beteiligte. Andere Beiträge dokumentieren Betroffenheit über Ungerechtigkeiten und Unmenschlichkeiten dieser Welt, im Zusammenhang mit Rassismus, Krieg, Ost-West-Fragen oder der Dritte-Welt-Problematik. Es blieb oft bei einem Ausdruck des Unbehagens, manchmal begleitet durch eine gefühlsmässig empfundene oppositionelle Haltung gegenüber der Welt der Erwachsenen. Sie drückte sich eher selten in Nachrichten, Reportagen oder Kommentaren aus, sondern in feuilletonistischen Formen wie Gedichten, Karikaturen oder Collagen.



Tangenten. Schülerzeitung Städtisches Knabenrealgymnasium Saarbrücken 10(1968), Nr. 4 (BBF Zs 1662)

In etwa der gleichen Anzahl wie Artikel zu politischen Themen finden sich Beiträge zu Fragen der Jugendkultur. Dabei wurden Eigenständigkeit und Differenz zur Erwachsenenwelt hervorgehoben und auch kritische Töne angeschlagen, die aber offenbar weit überwiegend auf eine liberale Haltung in der Schule trafen. In einigen Schulen stiess zu «grosse Freizügigkeit in sexuellen Beiträgen oder Abbildungen» (Hintz/Lange 1969, S. 109) auf Ablehnung, aber als Thema war es in vielen Schülerzeitungen präsent. Ebenfalls in das Umfeld der Jugendkultur fallen Artikel zur Popmusik (Konzertberichte, Hit-



Karandasch. Schülerzeitung am Gymnasium Rahlstedt. <Hamburg-Rahlstedt> 10(1968), Nr. 1 (BBF Zs 1377)

paraden), zur Mode oder zur Hippie-/Gammerbewegung.

Den breitesten Raum schliesslich fanden wie in den 1950er-Jahren Artikel zum Schulleben. Dies betrifft etwa Berichte zu Sportveranstaltungen, Schulfesten oder Klassenreisen sowie Beiträge, die einen Einblick in das Lehrer-Schüler-Verhältnis geben.

5. Schluss

Die in der Folge der späten 1960er-Jahre festzustellenden weiteren Verselbständigungstendenzen der Schülerzeitungsbewegung und die stärkere Berücksichtigung von politischen Themen führten sowohl in den Landesarbeitsgemeinschaften als auch im Dachverband zu Konflikten um die ideologische Deutungshoheit und damit mitunter zu lähmenden Auseinandersetzungen. Am 31. März 1967 wurde die Bundesarbeitsgemeinschaft *Junge Presse* aufgelöst, deren Niedergang sich allerdings bereits seit 1964 durch den sukzessiven Austritt aller Landesarbeitsgemeinschaften abzeichnete. Da nur ein Teil der Landesarbeitsgemeinschaften zunächst Mitglied des am 19. Februar 1967 neu gegründeten Dachverbands *Deutsche Jugendpresse* wurde, blieben dessen Wirkungsmöglichkeiten zu Anfang unscheinbar. Der wachsende Einfluss der Jugendorganisationen und der Parteien und die damit verbundenen verbandsinternen Kontroversen behinderten zudem die Verbandsarbeit bis zur partiellen Handlungsunfähigkeit. In den Folgejahren kam es zu Spaltungen sowohl auf Länder- als auch auf Bundesebene. 1987 traten Mitglieder aus der Deutschen Jugendpresse aus und gründeten den Bundesverband Jugendpresse. Erst in den späten 1990er-Jahren schwächte sich die parteipolitische Polarisierung ab, so dass 2003 schliesslich die Wiedervereinigung von Deutscher Jugendpresse und dem Bundesverband Jugendpresse zu einem neuen Gesamtverband gelang, der sich den Namen *Jugendpresse Deutschland* gab.

Diese verbandspolitischen Probleme der organisierten Schülerzeitungsbewegung, die allerdings auch immer höchst produktive Phasen erlebte, liess die eigentliche Zielsetzung, nämlich die Förderung der konkreten Schülerzeitungsprojekte vor Ort, manchmal in den Hintergrund rücken. Gleichwohl wurden nach wie vor Schülerzeitungen produziert, von denen mittlerweile einige auf ein jahrzehntelanges Erscheinen zurückblicken können. Die Form allerdings wandelt sich: An die Stelle von gedruckten Schülerzeitungen treten zunehmend elektronische Ausgaben, die über das Internet publiziert werden. Gleich bleiben dagegen die zentralen Themenfelder: Schulleben, Jugendkultur und politische Themen.

Systematische Inhaltsanalysen von Schülerzeitungen unter bildungshistorischen Fragestellungen stehen noch weitgehend aus. Dieses Defizit ist nicht zuletzt dadurch zu erklären, dass die Quellen bislang nur schwer auffindbar und zugänglich waren.

Zwar gibt es grössere Bestände im Bayerischen Hauptstaatsarchiv sowie in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek Kiel, die allerdings nur Schülerzeitungen bayerischer (Archiv der Jungen Presse Bayern) bzw. schleswig-holsteinischer (Archiv der Jungen Presse Schleswig-Holstein) Schulen aufbewahren. Weitere Bestände finden sich verstreut in Privatarchiven, so etwa eine Sammlung der Jungen Presse Berlin mit über 1000 Schülerzeitung Berliner Schulen.

2002 übernahm die Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF) einen Bestand von über 7000 Heften aus dem Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Münster. Bei näherer Sichtung zeigte sich, dass der Bestand ursprünglich in der Geschäftsstelle der Bundesarbeitsgemeinschaft Junge Presse gesammelt und verwahrt wurde und damit Schülerzeitungen vor allem der 1950er- und 1960er-Jahre aus der gesamten alten Bundesrepublik enthält.

Um den Bestand besser nutzbar zu machen, aber auch aus Bestandserhaltungsgründen, wurden bis Ende 2008 alle Hefte digitalisiert. Über eine Datenbank kann man nach Titeln von Schülerzeitungen und nach Schulnamen recherchieren. Weiterhin lassen sich die Hefte nach Schulorten und nach Erscheinungsjahren zusammenfassen. Leider ist es aus urheberrechtlichen Gründen nicht möglich, die Digitalisate via Internet zugänglich zu machen. Das bedeutet, dass man zwar den Gesamtbestand am PC nutzen kann, dazu aber in die BBF kommen muss.

Trotz dieser Einschränkung haben sich die Benutzungsbedingungen deutlich verbessert. Insbesondere der historischen Jugendforschung steht damit ein einzigartiger, neue Erkenntnisse versprechender Quellenbestand zur Verfügung. Zwar entstanden die Schülerzeitungen in der Regel unter Mitwirkung von Lehrern, und in die Arbeit der Schülerzeitungsredaktionen flossen Anliegen und Erwartungen der Schule ein, selbst dann, wenn von pädagogischer Seite die Nichteinmischung zum Prinzip erhoben wurde. Aber dennoch handelt es sich um Äusserungen von Jugendlichen, die nicht wie im sonstigen Schulalltag im Auftrag eines Lehrers geschrieben werden mussten, sondern aus eigenem Antrieb und Interesse. «Exhibitionismus! Man wollte schreiben und gedruckt werden – ist doch klar», so Michael Rutschky¹⁸ im Rückblick auf seine Zeit als Schülerredakteur.

Anmerkungen

- 1 Dieser Artikel wurde in einer ähnlichen Form schon im Rahmen des Ausstellungskatalogs «Zu Wort kommen – 1968 im Spiegel von Schülerzeitungen» publiziert.
- 2 In einem Erlass des preussischen Kultusministeriums des Jahres 1874 ist von einer für «Schüler bestimmten Zeitschrift» die Rede, die, wie den weiteren Erläuterungen zu entnehmen ist, den Charakter einer Schülerzeitung hat (vgl. Centralblatt 1874, S. 200).
- 3 Zwischen 1906 und Anfang der 1920er-Jahre erschienen unter anderem folgende Schülerzeitungen: *Buntes Blatt*, *Nestküken*, *Der Schmetterling*, *Das vierblättrige Kleeblatt*, *Immergrün*, *Das kleine Witzblatt*, *Die Allgemeine*.

- 4 Im ersten Erscheinungszeitraum, beginnend 1908, erschienen vom *Anfang* in fortlaufender Folge 23 Hefte, im zweiten (1911) vier (vgl. Laermann 1985, S. 365).
- 5 Unter dem Dach des neuen *Anfang* vereinten sich zusätzlich zur bereits kooperierenden Schülerzeitung *Das Classenbuch* aus Wien eine weitere Wiener Schülerzeitung, *Eos*, sowie die Breslauer Schülerzeitung *Der Quell*.
- 6 Mit der Neugründung 1913 wurde jedoch ein erweiterter Leserkreis über Wickersdorf hinaus angesprochen.
- 7 Vgl. Gesetz über die Presse. In: Deutsches Reichsgesetzblatt 1874, Nr. 16, S. 65–72.
- 8 Prof. em. Gerd Doerry, der nach Kriegsende als Schüler der Goetheschule eine der ersten Schülerzeitungen in Berlin gründete, verdanke ich den Hinweis, dass er erst nach Erscheinen der ersten Ausgabe zur zuständigen Stelle der britischen Militärregierung gegangen sei, um sich die Zeitung genehmigen zu lassen (vgl. auch Doerry 1947, S. 13).
- 9 Einen gleich lautenden Vorschlag unterbreitete Hebel bereits 1967 (S. 69).
- 10 Ulshöfer war einer der bekanntesten Deutschdidaktiker in der Nachkriegszeit und frühen Bundesrepublik (vgl. Beisbart 1999, S. 176).
- 11 Parallel zur BAG wurde ein Freundeskreis gegründet, dem Erwachsene angehörten. Nur über ihn konnte sie institutionelle Förderung und Zuschüsse erhalten, da ihr aufgrund der Minderjährigkeit ihrer Mitglieder der Status eines eingetragenen Vereins verwehrt wurde.
- 12 In späteren Auflagen werden der Schule weder Einfluss noch Verantwortung auf Schülerzeitungen zugestanden (Heckel 1976, S. 319), die als ausserschulische Einrichtungen zu verstehen seien (Avenarius 2000, S. 554).
- 13 Die 1952 gegründete *Bundesarbeitsgemeinschaft Junge Presse* wurde zum 31. März 1967 aufgelöst. Ihre Aufgaben übernahm die am 19. Februar 1967 gegründete *Deutsche Jugendpresse e.V. Bundesarbeitsgemeinschaft jugendeigener Medien*.
- 14 Manfred Rexin war erster politischer Referent der BAG, später Redakteur beim RIAS und ZDF (vgl. Bartels 1987, S. 29; 30 Jahre Deutsche Jugendpresse, S. 13).
- 15 Klaus Allerbeck war Schülerzeitungsredakteur unter anderem für *meinungen und zeitungen*, einem Organ der BAG. Später wurde er Professor am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main.
- 16 Hartmut Holzapfel war in den 1960er-Jahren Vorsitzender der *Jungen Presse Hessen* und später hessischer Kultusminister.
- 17 Es konnten mehrere Antwortvorgaben angekreuzt werden. Die Begründung der Herausgeber für die Doppelung «Nationaldemokratische Partei» und «NPD» in den Antwortvorgaben ist wenig überzeugend und lässt eher vermuten, dass es sich um ein Versehen gehandelt hat.
- 18 Rutschky war in den frühen 1960er-Jahren Vorsitzender der *Jungen Presse Hessen*. Heute ist er Autor und Filmmacher.

Literatur

- 30 Jahre Deutsche Jugendpresse. Bundesarbeitsgemeinschaft jugendeigener Medien e.V. Ein Lese- und Bilderbuch. Berlin 1997
- Adamitz, Horst: Die Schulzeitschrift. Aufgaben, Bedeutung und technische Voraussetzungen. Goslar 1951
- Ascher, Paul: Schülerzeitungen. In: Lexikon der Pädagogik, Band 4. Freiburg 1955, Sp. 103
- Barbizon, Georges: Die treibenden Kräfte. In: Der Anfang 1(1913), H1
- Bartels, Hans-Peter: Junge Presse. Geschichte eines jugendeigenen Verbandes 1952–1967. Marburg 1987
- Beisbart, Ortwin: Deutschunterricht und Lehrerbild bei Essen, Ilshöfer und Helmers. In: Ortwin Beisbart/Annemarie Mieth (Hrsg.): Deutschlehrer-Bildung im Wandel. Frankfurt am Main 1999, S. 175–199
- Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (Hrsg.): Zu Wort kommen. 1968 im Spiegel von Schülerzeitungen. Katalog zur Ausstellung. Berlin 2009

- Braun, Birgit: Umerziehung in der amerikanischen Besatzungszone. Die Schul- und Bildungspolitik in Württemberg-Baden von 1945 bis 1949. Münster 2004
- Burschka, Manfred H.: Re-education und Jugendöffentlichkeit. Orientierung und Selbstverständnis deutscher Nachkriegsjugend in der Jugendpresse 1945–1948. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Nachkriegszeit. Diss. Göttingen 1987
- Centralblatt für die gesammte Unterrichtsverwaltung in Preussen 1874
- Cramer, Dettmar: Die Zensur bei Schüler- und Studentenzeitungen. Bonn 1964
- Doerry, Gerd: Goethe-Post. Die erste von Schülern herausgebrachte Berliner Zeitschrift. In: Neues Berlin 1947, H5, S. 13
- Dovifat, Emil: Zeitungswissenschaft. Band 1: Allgemeine Zeitungslehre. Berlin 1931
- Durchleuchter, Ralph: Die Schülerpresse. In: Frankfurter Hefte 1977, H6, S. 49–57
- Eberhard, Otto/Weber, Josef: Artikel Schülerzeitschriften. In: Lexikon der Pädagogik, Band 4. Freiburg 1915, Sp. 746
- Froese, Leonhard: Einleitung. In: Leonhard Froese (Hrsg.): Bildungspolitik und Bildungsreform. Amtliche Texte und Dokumente zur Bildungspolitik im Deutschland der Besatzungszonen, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. München 1969, S. 13–74
- Führ, Christoph: Institutgründung als Lebensarbeit. Erich Hylla (9.5.1887–5.11.1976) und die Gründung der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt a.M. als Beispiel deutscher Gelehrtenpolitik in der Nachkriegszeit. In: Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung. Wiedereröffnung am 2. März 1994. Berlin 1994, S. 30–37
- Gass-Bolm, Torsten: Das Ende der Schulzucht. In: Ulrich Herbert (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Göttingen 2002, S. 436–466
- Gebhardt, Hartwig: Mediengeschichte als Kulturgeschichte. In: Holger Böning et al. (Hrsg.): Deutsche Presseforschung. Bremen 2004, S. 17–28
- Hebel, Franz: Die Entwicklung des sprachlichen Gestaltungsvermögens. Versuche im Englischunterricht in den USA. In: Der Deutschunterricht 19(1967), H5, S. 63–77
- Heckel, Hans: Schulrechtskunde. Ein Handbuch für Lehrer, Eltern und Schulverwaltung. Berlin 1957
- Heckel, Hans: Schulrechtskunde. Ein Handbuch für Lehrer, Eltern und Schulverwaltung. 2., verb. und erg. Aufl. Berlin 1960
- Heckel, Hans: Schulrechtskunde. Ein Handbuch für Lehrer, Eltern und Schulverwaltung. 3. neu bearb. Aufl. Neuwied 1965
- Heckel, Hans/Avenarius, Hermann: Schulrechtskunde. Ein Handbuch für Praxis, Rechtsprechung und Wissenschaft (1986). Neuwied 2000
- Heine, Gerhard: Politische Zeitungen im Unterricht? In: Deutsches Philologen-Blatt 39(1931), S. 702–703
- Herrmann, Ulrich: Die Jugendkulturbewegung. Der Kampf um die höhere Schule. In: Thomas Koebner/Rolf-Peter Janz/Frank Trommler (Hrsg.): «Mit uns zieht die neue Zeit». Der Mythos Jugend. Frankfurt 1985, S. 224–244
- Hintz, Jan-Peter/Lange, Detlef (Hrsg.): Schüler und ihre Presse. Berlin 1969
- Junge Presse. Rückblick und Bestandsaufnahme. Itzehoe 1961
- Laermann, Klaus: Der Skandal um den Anfang. Ein Versuch jugendlicher Gegenöffentlichkeit im Kaiserreich. In: Thomas Koebner/Rolf-Peter Janz/Frank Trommler (Hrsg.): «Mit uns zieht die neue Zeit». Der Mythos Jugend. Frankfurt 1985, S. 360–381
- Lötschert, Hugo: Die Zeitung gehört in die Schule! In: Deutsches Philologen-Blatt 41(1933), S. 56–57
- Lokk, Peter: Die Ära Adenauer im Spiegel der jugendeigenen Presse der Jahre 1949 bis 1963 in Bayern. Magisterarbeit. Nürnberg 1987
- Malsch, Fritz: Zeitungslektüre in der Schule. In: Die Arbeitsschule 42(1928), S. 311–317
- Maurer, August: Gehört die Zeitung in die Schule? In: Deutsches Philologen-Blatt 40(1932), S. 114–115
- Mickel, Wolfgang: Politische Bildung an Gymnasien 1945–1965. Analyse und Dokumentation. Stuttgart 1967
- Münster, Hans A.: Jugend und Zeitung. Berlin 1932
- Ott, Hanns: Förderung des Jugendschrifttums durch den Staat. In: Jugendliteratur 1(1955), S. 156–159
- Peterich, Eckart (Hrsg.): Der Anfang. Zeitschrift der Jugend. Lauenburg a.d. Elbe 1922
- Popp, Wolfgang: Die Ausgangssituation für die Neubildung des Faches Deutsch 1945–1969. In: Joachim S. Hohmann (Hrsg.): Deutschunterricht zwischen Bildungsnot und Bildungs Krise. Rückblicke auf die Zeit 1945/46 bis 1968. Frankfurt am Main 1992, S. 24–46
- Radde, Gerd: Fritz Karsen. Ein Berliner Schulreformer der Weimarer Zeit. Frankfurt am Main 1999
- Reuber, Emil: Zeitung in Erzieherhand. Dortmund 1956
- Roessler, Wilhelm: Jugend im Erziehungsfeld. Haltung und Verhalten der deutschen Jugend in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung der westdeutschen Jugend der Gegenwart. Düsseldorf 1957
- Schelsky, Helmut: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend. Düsseldorf 1963
- Staiger, Max: Die Schülerzeitschrift. In: Fritz Rust (Hrsg.): Die Schülermitverwaltung (SMV). Bülh 1956, S. 31–39
- Stöber, Rudolf: Deutsche Pressegeschichte (2000). Konstanz 2005
- Ulshöfer, Robert: Anleitung der Schüler zum Gebrauch der Massenmedien. Eine Aufgabe des Deutschunterrichts. In: Der Deutschunterricht 21(1969), H1, S. 5–13
- Verhandlungen über Fragen des höheren Unterrichts. Berlin 1891
- Warstat, Willi: Die Schulzeitschrift. Leipzig 1915
- Wellmer, Meta: Unsere Zeitungen und unsere Jugend. In: Allgemeine deutsche Lehrerzeitung 32(1880), H32, S. [277]–278
- Widmann, Simon: Die Zeitungslektüre der Jugend und die Schule. In: Gymnasium 16(1898), S. 545–554
- Wyneken, Gustav: Die neue Jugend. Ihr Kampf um Freiheit und Wahrheit in Schule und Elternhaus in Religion und Erotik. München 1919
- Wyneken, Gustav: Erklärung. In: Der Anfang 1(1913), H1
- Zook-Kommission (Hrsg.): Der gegenwärtige Stand der Erziehung in Deutschland. Bericht der Amerikanischen Erziehungskommission. München 1946